



Langzeitbeobachtung zur politischen Kultur

Thüringen-Monitor 2015 wird am 26. November im Landtag diskutiert

Seit 15 Jahren führt die Uni Jena im Auftrag der Landesregierung eine Befragung zur politischen Kultur und zur persönlichen Lage der Thüringer durch. Der seitdem fast jedes Jahr publizierte Thüringen-Monitor ist eine einmalige soziologische Langzeit-Untersuchung zur Entwicklung eines Bundeslands in den Augen seiner Bürger. Er hat dabei kontinuierlich die Entwicklung rechtsextremer, insbesondere ethnozentristischer Einstellungen sowie das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse untersucht.

Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung lenkt der diesjährige Thüringen-Monitor den Fokus auf das Verhältnis der Befragten zur DDR 25 Jahre nach ihrem Ende, auf ihre persönliche Situation und ihre Einschätzungen zur Entwicklung Thüringens.

Aus der Studie geht hervor, dass die Thüringer zwar im Großen und Ganzen zufrieden mit der Entwicklung in den vergangenen 25 Jahren sind, eine Mehrheit aber die Einheit für noch nicht vollendet, sondern weiterhin einen Angleichungsprozess für notwendig hält. Aufgrund des Verlustes sozialer Sicherheiten und der Sehnsucht nach „gesellschaftlichem Zusammenhalt“ sympathisierten noch heute viele Menschen mit der damaligen DDR, heißt es in den Untersuchungsergebnissen. Bei großen Teilen der Bürger habe sich das Gefühl der Benachteiligung als Ostdeutsche verfestigt. Nach Prof. Dr. Heinrich Best vom Institut für Soziologie der Universität in Jena, dem wissenschaftlichen Leiter der Studie, ist ein solches Benachteiligungsgefühl gefährlich, da es Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen hat sowie eine ablehnende Haltung gegenüber Asylsuchenden verstärkt.

Der demographische Wandel holt das Land immer schneller ein. Der Thüringen-Monitor besagt, dass die Befragten der Zuwanderung durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen, solange ihre eigene Situation am Arbeitsmarkt nicht davon beeinträchtigt wird. „Im Hinblick auf Asylsuchende muss die Aufnahmebereitschaft allerdings noch geweckt werden“, so Prof. Best. Die Zuwanderung biete für Thüringen durchaus große Chancen – mit Blick auf den Mangel an Absolventen und Fachkräften.

Ministerpräsident Bodo Ramelow hält den Thüringen-Monitor für notwendiger denn je: „Wir werden dem Kabinett, dem Landtag und der Öffentlichkeit erneut ein profundes Zahlenwerk zu den politischen Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer und zu ihrer persönlichen Lage vorlegen. Wir sollten nicht den Fehler machen, jetzt vorschnelle Schlüsse zu ziehen. Der Thüringen-Monitor war immer dann am nützlichsten, wenn er nicht Anlass für erhobene Zeigefinger, sondern für ein empirisch fundiertes Nachdenken und Diskutieren über den weiteren Weg war. Wir haben am 9.

November in Erfurt gemeinsam gezeigt, dass die Mehrheit für ein weltoffenes Land mit einem menschlichen Gesicht steht. Thüringen befindet sich am Beginn des tiefgreifendsten Umbruchs seit der Wiedervereinigung. Das spüren die Bürgerinnen und Bürger. Die demokratischen Parteien sind in der Pflicht, den kommenden Wandel zu gestalten. Ein Land, das in 25 Jahren rund 450.000 Menschen verloren hat, muss nun erstmals seit der Wende mit wachsenden Bevölkerungszahlen und Zuwanderung umgehen. Ein Land, das 25 Jahre lang mit Bravour aus weniger mehr gemacht hat, muss jetzt lernen zu wachsen. Daraus erwachsen neue Perspektiven und neue Politikanforderungen.“

Mit dem Monitor ist Thüringen das einzige Bundesland, das eine Langzeitbeobachtung der Entwicklung der politischen Kultur eines Bundeslandes durchführt. Seit dem Jahr 2000 wird die Umfrage mit Hilfe von Forschern der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellt. Anlass war damals ein antisemitischer Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt.

Der Thüringen-Monitor 2015 mit dem Titel „Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit“ wird am 24. November im Kabinett sowie im Rahmen einer Regierungsmedienkonferenz vorgestellt und veröffentlicht. Am 26. November wird der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen im Landtag eine Regierungserklärung abgeben.

■

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Rechtsextrem eingestuft

In Antwort auf meine Anfrage im Landtag bestätigte das Innenministerium, dass „Thügida“ und Ableger wie „Wir lieben Ostthüringen“ als rechtsextremistisch bewertet werden. Thügida wird seit dem Bestehen im März 2015 als rechtsextrem eingestuft, weil die Organisatoren und verbundene Strukturen in extrem rechten Parteien und Neonazi-Gruppen aktiv seien und eine „Vielzahl der Redner“ aus diesen stamme. Es würden Transparente und Fahnen der extremen Rechten bei den Demonstrationen mitgeführt, die Teilnehmer seien mit schwankenden Anteilen ebenfalls der rechtsextremen Szene zuzuordnen.

Im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gebe es mehr rechtsextremistische Gruppierungen als noch vor einem Jahr. Neben der Partei der „Der Dritte Weg“ und der NPD versuche nun auch „Die Rechte“, in der Region Fuß zu fassen. Von Januar bis September wurden 62 rechtsextremistisch motivierte Straftaten gezählt, darunter 16 Gewalttaten. Nicht erfasst sind weitere Nazi-Schmierereien und rechte Übergriffe, die sich seit einer rassistischen Demonstration im Oktober ereigneten. Im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gibt es laut Innenministerium außerdem „eine nicht bezifferbare Anzahl organisierter Rechtsextremisten sowie Sympathisanten, die der Szene als Mobilisierungspotential für Veranstaltungen zur Verfügung stehen“.

Doch auch das Aggressionspotential nimmt zu, so am 1. November als rund 400 Teilnehmer einer Neonazi-Demonstration in Rudolstadt mit Fackeln eine Flüchtlingsunterkunft mit Hetzparolen und der Forderung nach „Nationalen Sozialismus“ umrundeten. Am 4. November lobte die Thüringer NPD in einer offiziellen Mitteilung die Blockade einer Flüchtlingsunterkunft in Gotha, während „Der Dritte Weg“ regelmäßig Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte glorifiziert und die „Europäische Aktion Thüringen“ zum Barrikadenbau gegen Flüchtlinge aufruft.

Es ist bedauerlich, dass immer öfter zuständige Versammlungsbehörden Neonazi-Aufmärsche ohne entsprechende Auflagen durchwinken. Wenn Demonstrantinnen und Demonstranten gegen Neonazi-Aufmärsche kreativ werden, können auch Versammlungsbehörden im Rahmen des versammlungsrechtlich Zulässigen durchaus kreativ bei der Bearbeitung entsprechender Anmeldungen werden oder entsprechend enge Grenzen stecken.

AKTUELL

Freiheit und Brüderlichkeit mächtiger als Terror

Mit großer Bestürzung und Erschütterung hatte die Vorsitzende der Linksfraktion und Landespartei-vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow auf die verheerenden Anschläge von Paris mit einer Erklärung am 14. November reagiert. „Unsere tiefe Trauer gilt allen Opfern, unser aufrichtiges Mitgefühl ihren Angehörigen und Freunden, unsere Gedenkwünsche den verletzten Menschen“, erklärte sie namens der Thüringer LINKEN. „Terror, Menschenverachtung, Hass und Intoleranz muss mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.“ Zugleich warnte sie, „diese schrecklichen Terroranschläge dürfen nicht zum Anheizen von Feindbildern führen und zum Schüren rassistischer Stimmungen missbraucht werden“.

In Gedenken an die Opfer von Paris hatte am Mittag des 16. November auch in Thüringen das öffentliche Leben vielerorts für 60 Sekunden geruht. An einer Schweigeminute beteiligten sich auch Abgeordnete und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Linksfraktion vor den auf Halbmast wehenden Fahnen am Landtag. In der Thüringer Staatskanzlei liegt ein Kondolenzbuch aus. Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke), Landtagspräsident Christian Carius (CDU) und die Honorarkonsulin Frankreichs in Thüringen, Bärbel Grönegres, trugen sich als erste ein. Bodo Ramelow schrieb: „In tiefer Trauer verneige ich mich vor den Opfern der Terroranschläge von Paris. Unsere Gedanken sind in der festen Überzeugung bei den Hinterbliebenen und Angehörigen, dass das Bekenntnis für Freiheit,

Gleichheit und Brüderlichkeit mächtiger ist als jedweder Terror.“

Vor Beginn der Klausurtagung der Bundestagsfraktion DIE LINKE am 16. November in Bad Saarow hatte Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch einen Stopp aller militärischen Aktionen in Syrien gefordert. Dieser Krieg habe den Islamischen Staat befördert. „Deswegen ist klar, dass diese Kriege ein Ende haben müssen und dass jegliches Nachdenken, auf militärische Art und Weise mit Bodentruppen oder Ähnlichem dort zu agieren, falsch ist.“

Dietmar Bartsch forderte zudem den Stopp aller Waffenlieferungen in die Krisengebiete. Diese Waffen landeten auch in den Händen des IS. Zudem müssten die finanziellen Mittel und die Nachschubwege gekappt werden.



KURZ UND PRÄGNANT

Die Hälfte mit großem politischem Interesse

Kürzlich wurden die Ergebnisse einer durch das Meinungsforschungsinstitut dimap erstellten repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur Außenwahrnehmung des Thüringer Landtags vorgestellt. Zwei Drittel der Befragten gaben an, die Namen ihrer Wahlkreisvertreter nicht zu kennen. Mehr als die Hälfte nehmen großen Anteil am politischen Geschehen in Thüringen und gehen in der Regel zu allen Wahlen. Gut ein Drittel interessiert sich wenig stark für Politik im Freistaat, beteiligt sich jedoch an einzelnen Wahlen. Zehn Prozent der Befragungsteilnehmer zeigen leider überhaupt kein Interesse an Landespolitik. Der Landtag ist für die Thüringer nicht das wichtigste Parlament. 74 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass die Entscheidungen des Bundestages für sie persönlich am bedeutsamsten sind, knapp gefolgt von den Beschlüssen der Stadt- und Gemeinderäte (73 Prozent). 66 Prozent gaben an, die Entscheidungen des Landtages seien für sie am wichtigsten. ■

Koalition setzt sich für freies W-LAN ein

Thüringen hat sich zusammen mit anderen Bundesländern im Bundesrat für eine Abschaffung der Störerhaftung im Telemediengesetz und damit für offenes nichtkommerzielles W-LAN eingesetzt. Zuvor wurde bereits im Landtag ein Antrag der Regierungsfractionen zur Stärkung von Freifunkinitiativen zugestimmt.

„Eine digitale Gesellschaft setzt voraus, dass potenziell alle Menschen freie Netzzugänge nutzen können. Hier ist die Störerhaftung ein dauerhaftes Hemmnis, welches Rechtssicherheit und ehrenamtliches Engagement massiv behindert. Umso wichtiger ist das Plädoyer der Bundesländer für eine vollständige Streichung der unsinnigen Störerhaftung“, sagte MdL Katharina König. „Mit unserem Antrag haben wir einen Fahrplan für die Öffnung der Landesliegenschaften für Freifunkinitiativen und eine Sensibilisierung für die Potenziale von Freifunk auf kommunaler Ebene vorgelegt. Damit stärken wir nicht nur das Ehrenamt, sondern setzen Akzente gegen eine Kommerzialisierung der Digitalisierung sowie für Datenschutz und Datensicherheit, die den Ehrenamtlichen in diesem Bereich ebenfalls sehr wichtig sind. Ohne Störerhaftung und mit gestärkten Freifunkinitiativen geht Thüringen einen wichtigen Schritt hin zur digitalen Gesellschaft.“ ■

Integration von Migranten und Flüchtlingen

Ministerin Heike Werner (LINKE) zur Anfrage der Abgeordneten Ina Leukefeld

Ina Leukefeld, Arbeitspolitikerin der Linksfraction, hatte sich in der Landtagssitzung 26. November mit einer Mündlichen Anfrage zur Umsetzung des Landesprogramms „Arbeit für Thüringen“ an die Landesregierung gewandt. Dabei bezog sie sich auf die Neufassung der Richtlinie, die die Beschäftigungsförderung und berufliche Integration von benachteiligten Zielgruppen einschließlich Migranten und Flüchtlingen beinhaltet.

Die Förderung soll die sozialen und beruflichen Integrationsmöglichkeiten verbessern sowie die Nachhaltigkeit der Vermittlung in ein Beschäftigungsverhältnis stärken. Es werden zielgruppenspezifische Projekte zur beruflichen Qualifizierung und zur beruflichen oder sozialen Integration einschließlich der Förderung von Begleitstrukturen unterstützt. Die Förderregeln sehen vor, dass ein Konzeptauswahlverfahren vorgeschaltet werden kann. Die Abgeordnete wollte nun wissen, wie die Auswahl erfolgte, welche Projekte welcher Träger ausgewählt wurden und wie diese gefördert werden.

Es antwortete Heike Werner (LINKE), Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

„Die Richtlinie zum Landesarbeitsprogramm ‚Arbeit für Thüringen‘ ist nach einem intensiven Abstimmungsprozess mit der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit, den Thüringer Jobcentern, den Thüringer Wirtschafts- und Sozialpartnern, dem Thüringer Finanzministerium und dem Thüringer Rechnungshof am 6. Oktober 2015 in

Kraft getreten. Während die vorwiegend durch Mittel des Europäischen Sozialfonds intendierte Integrationsrichtlinie die berufliche Integration von langzeitarbeitslosen Menschen fördert, schließt das ausschließlich aus Landesmitteln gespeiste Programm ‚Arbeit für Thüringen‘ unter anderem die Förderung von Flüchtlingen explizit ein, also von Personen, die in der Regel noch nicht lange arbeitslos gemeldet sind, gleichwohl aber unsere Unterstützung bei der sozialen und beruflichen Integration bedürfen.

(...) Der mit der aktuellen Entwicklung in der Flüchtlingsfrage verbundene dringende Handlungsbedarf hat uns bewogen, auf die Durchführung von Konzeptauswahlverfahren zu verzichten, um noch in diesem Jahr mit ersten Projekten beginnen zu können. Stattdessen war bereits unmittelbar nach Inkrafttreten der Richtlinie eine Antragstellung bei der GFAW möglich. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen der GFAW und dem TMASGFF bereits 14 Konzepte zur sozialen und beruflichen Integration von Asylsuchenden, geduldeten und anerkannten Flüchtlingen vor. Zum Stand 28. Oktober sind diese Konzepte in insgesamt 17 formgebundene Anträge eingeflossen. Verschiedene Vorhaben werden demnach durch mehrere Träger umgesetzt, die für ihre Teilprojekte separate Anträge gestellt haben.

Die vorliegenden Anträge wurden am 28. Oktober 2015 durch einen Förderausschuss, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der GFAW, der Regionaldirektion, des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz und meines Hauses bewertet. Folgende Kriterien wurden

zugrunde gelegt: Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des bzw. der durchführenden Trägers, das heißt unter anderem Erfahrungen in den Projekten der beruflichen Integration, der Netzwerkarbeit, Nachweis von interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen; als nächstes Vernetzung in der Region, Kooperation und Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen, Jobcentern, Unternehmen und weiteren relevanten Akteuren. Ein weiteres Kriterium war die Umsetzungsplanung, das methodische Vorgehen und die Qualitätssicherung und viertes Kriterium Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Finanzplanung.

(...) Die 17 Anträge bzw. Projekte wurden alle im Ansatz als grundsätzlich förderwürdig eingeschätzt. Bei vier Vorhaben sind jedoch wichtige Fragen offen geblieben. Hier besteht noch Konkretisierungsbedarf. Drei Vorhaben waren fachlich so weit ausgereift, dass eine Bewilligung empfohlen werden konnte. Am 2. November 2015 können demnach zunächst zwei große Verbundprojekte in Süd- und Nordthüringen beginnen. Weitere Projekte werden voraussichtlich Mitte November und im Dezember folgen. Darunter ein thüringenweites Projekt aller Handwerks- und Industrie- und Handelskammern, das die Vorbereitung und Vermittlung von jungen Flüchtlingen in Praktika und betriebliche Ausbildungsplätze zum vorrangigen Ziel hat.

Die zum Stand 28. Oktober vorliegende 17 Anträge summieren sich auf einen Betrag von circa 5 Millionen Euro für die beantragte Gesamtlaufzeit. Die Laufzeit der Projekte ist grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2017 bemessen.“ ■

Gabi Zimmer zu Gast

Die europäische Flüchtlingspolitik war eines der Hauptthemen in den Ausführungen von Gabi Zimmer, Vorsitzende der Linksfraction GUE/NGL im Europaparlament, die am 4. November Gast in der Fraktionssitzung der LINKEN im Thüringer Landtag war. Sie betonte, dass sich die EU in einer ihrer tiefsten Krisen befinde. Die Solidarität der Mitgliedsstaaten sei „praktisch an einem Nullpunkt angekommen“. Was hier zur Lösung der Flüchtlingskrise in den Wochen zuvor passiert sei, habe „mit Logik, mit Nachhaltigkeit, mit einer Strategie nichts zu tun“.

Gabi Zimmer ging auch auf einen im Oktober stattgefundenen Besuch einer Delegation der europäischen Linksfraction in Moskau ein, wo mit Vertretern der Duma, des Föderationsrates, der Eurasischen Wirtschaftscommission, der Föderation unabhängiger Gewerkschaften sowie der Zivilgesellschaft gesprochen wurde. „Die Parlamente haben eine Schlüsselrolle in dieser ange-



spannten Lage. Die Delegationen zwischen Europaparlament und Duma müssen dringend ihren direkten Dialog wieder aufnehmen. Deshalb fordern wir als ersten Schritt, alle Parlamentarier,

die auf den schwarzen Listen der EU und der Russischen Föderation stehen, sofort von diesen zu streichen!“

Foto: Peter Lahn

Eine faire Verteilung der EEG-Sonderlasten

Landtag beschloss Antrag „Neuen Strommarkt im Thüringer Interesse gestalten“

Den „Neuen Strommarkt im Thüringer Interesse gestalten“, über diesen Antrag der Koalitionsfraktionen LINKE, SPD und Grüne diskutierte der Landtag in seiner Sitzung am 5. November und beschloss diesen. In der Begründung verwies Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraktion, auf das Energiekonzept der Bundesregierung bis zum Jahr 2050, mit dem die Leitziele für die Umgestaltung des Energiesystems in Deutschland gesetzt wurden.

So soll bis 2050 der Bedarf an Primärenergie nur noch halb so groß sein wie im Jahr 2008. Gleichzeitig soll der Anteil der erneuerbaren Energien ausgebaut werden auf 60 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs im Jahr 2050.

Die Energieversorgung in Deutschland soll unabhängig werden von begrenzt verfügbaren fossilen Energieträgern und damit nicht nur umweltfreundlicher, sondern auch dauerhaft sicher und wettbewerbsfähig.

Mit Blick auf das im Juli veröffentlichte Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ sowie das Eckpunktepapier für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende bezog sich der LINKE Abgeordnete auf Grundsatzentscheidungen der Bundesregierung, die bis Ende nächsten Jahres Gesetzeskraft haben sollen.

Natürlich werde davon auch Thüringen betroffen sein – „Thüringen mit seiner speziellen Struktur, mit einer Stromversorgung, die weitgehend in kommunaler Hand ist, ohne Kernkraftwerke, ohne Kohleverstromung, mit hauptsächlich erneuerbarer Energieerzeugung und KWK und einem großen Anteil an Importenergie, da Thüringen knapp die Hälfte seines Stromverbrauchs selbst herstellt.“

Daher müsse auf die Gesetzgebung

auch von Thüringen aus Einfluss genommen werden“, betonte Steffen Harzer und erinnerte daran, dass gerade vom Netzausbau Thüringen stark betroffen ist.

Die Landesregierung wird mit dem zwölf Punkte umfassenden Beschluss u.a. gebeten, beim Netzausbau eine kontinuierliche Überprüfung der Notwendigkeit aller Einzelprojekte und die für Thüringen mit den geringsten Umwelteinflüssen realisierbaren Varianten bei der Bundesregierung einzufordern. Die Netzbetreiber sollen aufgefordert werden, auf eine Neutrassierung des Leitungsprojektes P44 in der direkten

kömmliche Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausbau von Energiespeichern einsetzen.

In einem weiteren Punkt soll die Landesregierung die Regionalplanungen dahin gehend neu auszurichten, dass beim künftigen Aus- und Zubau von erneuerbaren Energien die daraus resultierenden Investitionen in die Stromnetze mit berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass vorrangig dort zusätzlicher Strom aus erneuerbaren Energien eingespeist wird, wo der daraus resultierende Investitionsbedarf in die Netze am geringsten ist.



Der Energiepolitiker der Linksfraktion Steffen Harzer zusammen mit den LINKEN Abgeordneten Katja Mitteldorf und Christian Schaft beim diesjährigen Landtag der offenen Tür im Juni, wo es nicht zuletzt auch um Fragen der Energiewende ging.

Archiv-Foto

Streckenführung Schalkau-Grafenrheinfeld zu verzichten.

Außerdem soll die Landesregierung beim Bund eine faire Verteilung der EEG-bedingten Sonderlasten für die Netznutzungsentgelte im Bundesgebiet sowie eine Verbesserung der Investitionsbedingungen für Verteilnetzbetreiber (Beseitigung des Zeitverzuges) einfordern und sich im Bund für aus-

Die Linksfraktion lädt zur 1. Meiningener Energiekonferenz „effizient – regenerativ – dezentral“ für Samstag, den 21. November, 10 bis 17 Uhr ins Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Multifunktionshalle, ein. Diskutiert werden soll u.a. über den Windenergieerlass, künftige Netzarchitekturen und veränderte Landschaftsbilder.

Rechtsreferendare

Die im Koalitionsentwurf des „Gesetzes zur Änderung der Rechtsverhältnisse im juristischen Vorbereitungsdienst“ geregelte Statusänderung der Rechtsreferendare ist folgerichtig, so MdL Dr. Iris Martin-Gehl. Für die Zeit des zweijährigen Vorbereitungsdienstes vor dem Zweiten Staatsexamen sei statt des bisherigen Beamtenverhältnisses auf Widerruf ein öffentlich-rechtliches Anstellungsverhältnis vorgesehen. Thüringen modernisiere mit der Änderung den juristischen Vorbereitungsdienst und richte sich an den bereits in allen anderen Bundesländern geltenden Strukturen aus. Die in Thüringen in Zukunft gezahlte Vergütung der Referendare bewege sich im bundesdeutschen Vergleich im Mittelfeld. ■

Besoldung

Der Landtag hat am 5. November das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung in den Jahren 2015 und 2016 beschlossen. MdL Rainer Kräuter: „Damit werden die Beamten weiterhin – seit nunmehr sechs Jahren – an der kontinuierlichen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst beteiligt. Das ist nicht ohne weiteres selbstverständlich, wenn man sich die Entwicklung in anderen Bundesländern betrachtet. Der LINKE Politiker kritisierte mit Bezug auf die versorgungsrechtlichen Regelungen für Dienstzeiten, die vor dem 3.10.1990 lagen, die deutliche Schlechterstellung der Thüringer Versorgungsempfänger gegenüber denen in den alten Bundesländern.“ ■

Regionalverbund

Das deutliche Votum des Kreistags Gotha zum Verbleib im Regionalverbund Thüringer Wald hat MdL Knut Korschewsky ausdrücklich begrüßt und auf die Vorteile einer gemeinsamen Marketingstrategie in der Region verwiesen.

„Die Mitgliedschaft im Regionalverbund erzeugt nicht nur Kosten, sie leistet vor allem wichtige Beiträge in der touristischen Vermarktung und der regionalen Imagepflege. Durch den ganzheitlichen Ansatz profitiert auch der Kreis Gotha in merklichem Umfang bei der touristischen Entwicklung. Der lokale Tourismus ist dabei ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor mit positiven Auswirkungen auf Beschäftigung und kommunale Steuerkraft“, sagte der LINKE-Politiker. ■

VON A BIS Z:

Hochschulreform

Das Thüringer Hochschulgesetz und weitere Bestimmungen im Hochschulbereich bedürfen einer dringenden Reform. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Dialog für eine demokratische Hochschulreform“, der am 6. November mit der Landtagsmehrheit beschlossen wurde, „haben wir den Weg zu einer breiten Debatte eröffnet, die alle wesentlichen Akteure an einen Tisch holt, statt der bisher oft zu beobachtenden Hinterzimmerpolitik“, erklärte MdL Christian Schaft. Es wurden Prüfaufträge erteilt, die von der Stärkung der demokratischen Mitbestimmung innerhalb der Hochschulen über die Gebührensatzungen, notwendige Verbesserungen beim Studierendenwerk, die Einführung von Zivil- und Sozialklauseln bis hin zur Schaffung guter Arbeitsbedingungen an den Hochschulen reichen.

Damit wird das Fundament für die im Koalitionsvertrag angekündigte große Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes gelegt, die gemäß dem skizzierten Zeitplan 2017 folgen soll. „Die Koalitionsfraktionen stehen für offene, transparente, demokratische, soziale und friedliche Hochschulen ein, die Studierende sowohl zum kritischen Denken ermutigen, als auch notwendige berufliche Kenntnisse vermitteln sollen. Wir freuen uns auf die nun anstehenden Diskussionen, um zu guten Kompromissen zu finden und für Thüringen ein fortschrittliches Hochschulgesetz zu beschließen“, so der LINKE Hochschulpolitiker. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in diesem Jahr finden, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, in der Zeit vom 25. bis 27. November sowie vom 16. bis 18. Dezember statt. Im Jahr 2016 startet der Landtag mit Sitzungen vom 27. bis 29. Januar.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Wachstumsbereich Thüringen-Tourismus

Der Landtag hat mit großer Mehrheit einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung des Wassertourismus beschlossen. Dazu erklärte Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Thüringen kann und muss hier das Potenzial ausbauen, auch um weitere Schritte für einen ganzheitlichen Tourismus zu gehen.“ Er verwies auf die ca. 375 Kilometer nutzbare Wasserwanderstrecke auf Saale, Unstrut und Werra sowie Deutschlands größte aufgestaute Wasserfläche mit dem Talsperrensystem Bleiloch und Höhenwarte.

Zu begrüßen seien auch die beschlossene Verzahnung mit weiteren touristischen Segmenten, wie dem Kultur-, Rad- und Wandertourismus, sowie die ökologische Nachhaltigkeit und der Gewässerschutz. „Mit der neuen Landestourismuskonzeption 2025 werden wir ab 2016 die Wachstumsbereiche des Thüringen-Tourismus noch mehr zusammenbinden und damit auch den Aufbau Themen wie etwa dem Wassertourismus neue Impulse geben“, so der Abgeordnete. ■

Gewerkschaften nicht instrumentalisieren

Die Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaften (GdP, DPolG) und des Fachverbandes Bund Deutscher Kriminalbeamter haben sich durch ihre offizielle Mitgliedschaft als jeweils stellvertretende Vorsitzende im Polizeiarbeitskreis der CDU-Fraktion im Landtag parteipolitisch instrumentalisieren lassen. Darauf macht Rainer Kräuter aufmerksam, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion. Mit Blick auf die ureigenen Aufgaben der Gewerkschaften hält er den Vorgang für hoch bedenklich:

„Wenn sich Gewerkschaften für die Politik einer Fraktion benutzen lassen, steht dies einem offenen und vertrauensvollen Dialog mit den anderen politischen Kräften im Landtag diametral gegenüber. Ich habe Gewerkschaften und deren Vorsitzende stets als kritische und konstruktive Begleiter politischer Arbeit verstanden, erlebt und das auch selbst gelebt. In der Gewerkschaft der Polizei habe ich stets dafür geworben, mit allen demokratischen Kräften im Dialog zu stehen und bei allen Partnern Einfluss auf die Meinungsbildung zu nehmen. Ich erwarte, dass die Gewerkschaften auch weiterhin so arbeiten.“ Als aktiver Gewerkschafter gehe er von einer Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Parteipolitik und der konstruktiven Mitarbeit aller Beteiligten aus. Das liege auch im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder. ■

Kooperationsverbot sollte beendet werden

Grundsätzliche Anmerkungen in der Debatte zur Finanzierung staatlicher Schulen

Der Landtag hat kürzlich der Novellierung des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen zugestimmt. In ihrer Rede zum Gesetzentwurf der Landesregierung hatte Gabi Ohler (LINKE), Staatssekretärin im Bildungsministerium, „ein paar grundsätzliche Anmerkungen zur Schulfinanzierung“ gemacht:

„In Deutschland sind die Lasten bei der Finanzierung der staatlichen Schulen klar verteilt. Das Land trägt die Personalkosten, die Kommunen, die Gemeinden und Landkreise übernehmen als Schulträger die Sachkosten. Der Bund kann sich nicht verlässlich einbringen. Grund ist das Kooperationsverbot. In den vergangenen Jahren hat sich immer wieder gezeigt, vor welche Probleme uns dieses Verbot stellt. Der Bund kann zwar Solarzellen auf dem Schuldach finanzieren, für ein gutes Schulklima braucht es aber mehr als ein warmes Klassenzimmer. Für ein gutes Klima an den Schulen brauchen alle, die Schule gestalten, eine nachhaltige Unterstützung – gerade jetzt.

Sie wissen, wir stehen vor großen Herausforderungen. Landesweit werden derzeit circa 5.000 Kinder nicht-deutscher Herkunftssprache beschult. In den kommenden Wochen und Monaten wird sich die Zahl der ausländischen Kinder deutlich erhöhen.

An unseren Schulen gibt es aktuell 875 Lehrkräfte, die mit unterschiedlichem Stundenumfang im Sprachunterricht für Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache eingesetzt werden. Wir haben die Zahl der Lehrkräfte, die Deutsch als Zweitsprache anbieten, verstärkt. 50 Stellen sind in diesem Jahr bereitgestellt worden, weitere Stellen sind im Doppelhaushalt vorgesehen. Wir haben unser Wahlversprechen umgesetzt und in diesem Jahr

500 neue Lehrkräfte eingestellt. Zusätzlich dazu haben wir die Vertretungsreserven im Umfang von 100 Stellen aufgebaut. Wir haben so viele Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wie schon lange nicht mehr. Und dennoch: Unsere Schulen brauchen angesichts des anhaltenden Schülerzuwachses durch die Flüchtlinge mehr Unterstützung. Wir wollen Klassen, in denen jedes Kind das bekommt, was es braucht für einen erfolgreichen Bildungsweg.

Kindern, von Jugendlichen, die zu uns kommen“, sagte der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf an die Adresse der CDU: „Die Landesregierung, die Schulämter und jede einzelne staatliche oder freie Schule sind derzeit intensiv dabei, zu schauen, welche Möglichkeiten sie haben, in Sprachförderung als Erstes und als Zweites dann in Einmündung in den regulären Unterricht, die Kinder auch wirklich zu integrieren, die zu uns kom-



Im Plenum: Die Landtagsabgeordneten der LINKEN Dr. Johanna Scheringer-Wright, Torsten Wolf und Sabine Berninger (v.l.).

Die neu dazu kommenden genauso wie die einheimischen Kinder. Das Land darf in seinen Bemühungen nicht allein gelassen werden. Wir brauchen die finanzielle Beteiligung des Bundes, nicht in Form von Sonderpaketen, sondern in Form einer dauerhaften Förderung. Die Aufhebung des Kooperationsverbotes gehört auf die politische Agenda. Dafür setzen wir uns ein.“

Mit Blick auf die „Bewältigung der großen Aufgabe der Integration von

men. Da haben die Schulen unsere volle Unterstützung verdient. Da reicht es nicht, einfach sich einen schlanken Fuß zu machen und zu sagen: „Landesregierung mach mal!“, sondern es gehört natürlich auch zur Wahrheit dazu, dass das im Maßnahmenpaket der Bundesregierung einfach nicht abgebildet ist. Da kann man auf die Kultushoheit der Länder verweisen, es bringt uns nur nicht weiter. Wir brauchen hier noch einmal Nachverhandlungen.“ ■

Resolution zur Beschulung von Flüchtlingskindern

Der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf, hat die am 12. November veröffentlichte gemeinsame Resolution des Thüringer Lehrerverbandes (TLV), der Landeselternvertretung und der Landeschülervertretung zur Beschulung von Flüchtlingskindern begrüßt:

„Es ist ein wichtiges Zeichen, dass sich der TLV und die Eltern- und Schülervertretung im Bemühen um eine gute Integrationsarbeit an unseren Schulen an unsere Seite stellen. Wir alle wissen, dass an den Schulen jeden Tag viel geleistet wird und noch mehr Arbeit auf uns zukommt. Wir nehmen die gemeinsame Stellungnahme der drei bildungspolitischen Akteure sehr ernst und sehen auch in einer gelingenden Integration an den Schulen eine Chan-

ce, die wir nicht vertun dürfen. Auch der Hinweis auf die dazu notwendige Personalausstattung stößt bei uns auf offene Ohren.“

„Niemand kann wollen, dass wir es nicht schaffen“

Torsten Wolf weiter: „Wir befinden uns in intensiven Gesprächen zu diesem Problemkomplex. Ich bin sehr optimistisch, dass die Koalition gerade bei dem in der Erklärung angesprochenen Bedarf im derzeit zu beratenden Entwurf für den kommenden Doppelhaushalt nachsteuern wird. Dabei denken wir sowohl an den notwendigen Aufwuchs an Lehrstellen und Unterstützungskräften im System, an notwendige Lehr- und Lernmittel, aber auch an die Unterstützung für die Thü-

ringer Jugendarbeit, die flankierende Leistungen anbieten soll. Wir wünschen uns weiter einen intensiven Dialog, in dem wir alle guten Ideen zusammenlegen und zum Gelingen von Integration in einem guten Schulklima beitragen.“

Mit der gemeinsamen Resolution, so heißt es in der Presseerklärung, „hoffen die Unterzeichnenden, den Handlungsträgern praxisnahe Strategien an die Hand zu geben. ‘Es geht uns nicht darum zu kritisieren’, stellte Rolf Busch, TLV-Landesvorsitzender, klar. ‘Wir müssen jetzt alle an einem Strang ziehen, um diese leidgeprüften Kinder und Jugendlichen in unsere Bildungslandschaft zu integrieren.’ Denn – auch da sind sich Eltern, Lehrer und Schüler einig: ‘Niemand in diesem Land kann wollen, dass wir es nicht schaffen!’“ ■

DAS THEMA

„Vier Jahre danach – Schlussfolgerungen aus dem NSU-Skandal in Thüringen konsequent umgesetzt?“, so der Titel der von der Linksfraktion beantragten Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 4. November. Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll.

Katharina König, DIE LINKE:

Heute vor vier Jahren wurde in Eisenach das Wohnmobil mit den Leichen von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos entdeckt (...) Vier Jahre danach soll es aber heute hier nicht darum gehen, was alles an offenen Fragen da ist und was wir an Details schon aufgearbeitet haben, sondern: Inwieweit sind denn die Konsequenzen, die im ersten NSU-Abschlussbericht gefordert wurden, hier in Thüringen schon umgesetzt und wie ist es auf Bundesebene und auch im Vergleich zu anderen Bundesländern?

Ich möchte zitieren aus einem offenen Brief von 29 Nebenklägeranwälten, die im NSU-Prozess Opferangehörige vertreten: „So hat die Große Koalition inzwischen unter anderem zwar eine Reform des Bundesamts für Verfassungsschutz beschlossen, statt aber dessen Befugnisse zumindest an den Stellen einzuschränken, an denen sie missbraucht wurden oder aber zumindest kontraproduktiv gewirkt haben, sind nunmehr die Macht und die praktischen sowie finanziellen Mittel des Bundesamts massiv ausgebaut worden. Man hat aus den im vorangegangenen Untersuchungsausschuss festgestellten Fehlentwicklungen nichts

„Wir müssen den Rassismus anklagen“

Katharina König im Landtag zu den Schlussfolgerungen aus dem NSU-Skandal

gelernt, man hat sie vielmehr weitestgehend legalisiert.“ Es sind immerhin 29 Nebenkläger, die sich gemeinsam an den Bundesuntersuchungsausschuss gewandt haben, der jetzt in einer zweiten Instanz versuchen wird, weiterhin mit aufzuklären.

Im Gegensatz dazu ist das, was in Thüringen bisher an Konsequenzen umgesetzt wurde, doch ein positives Beispiel. Ich möchte nur einige Konsequenzen nennen: Zum einen natürlich der neue NSU-Untersuchungsausschuss, der auch mit der CDU gemeinsam eingesetzt wurde. Das war ja eine der gemeinsamen Folgerungen. Entscheidend jedoch – besonders im Vergleich zu allen anderen Bundesländern

– ist das Abschalten der V-Leute, ist die Beschränkung der Möglichkeiten des Landesamtes für Verfassungsschutz und demzufolge auch die finanzielle Einschränkung, die wir hier in Thüringen schon umgesetzt haben. Dafür sage ich ein ganz klares Dankeschön, im Namen aller Fraktionäre der rot-rot-grünen Koalition.

Denn das ist die einzig richtige Logik, abgesehen von der Abschaffung des Verfassungsschutzes im Generellen, an der wir natürlich noch arbeiten, die man nach NSU ziehen kann. Was wir dazu getan haben, ist, dass wir MOBIL, die mobile Beratungsstelle in Thüringen, finanziell und personell gesichert und gestärkt haben. Dasselbe gilt für ezra, das ist die Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt.

Allerdings sind wir in Thüringen auch noch nicht mit allen Konsequenzen, die zu ziehen wären, am Ende. Für 2016 werden wir in die Gespräche gehen mit den Opferangehörigen und mit den Betroffenen der Sprengstoffanschläge zur

Errichtung einer entsprechenden Gedenk- und Mahnstelle hier in Thüringen, wir werden aber auch die Polizeivertrauensstelle in Angriff nehmen. Und nicht zuletzt werden wir uns dem institutionellen und gesellschaftlich weit verbreiteten Rassismus stellen, und zwar in Form der Enquetekommission Rassismus. Diese ebenso wie die Forschungs- und Dokumentationsstelle wollen wir hier im Jahr 2016 errichten.

Wir müssen den Rassismus als zentrales Thema öffentlich anklagen, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit politisch organisiertem Rechtsextremismus, auf welchen er oft reduziert wird, sondern im Zusammenhang mit der gesamten Gesellschaft. Da setze ich auf die Zusammenarbeit der rot-rot-grünen Koalition und hoffe aber auch auf Unterstützung durch die CDU-Fraktion, weil ich denke, das ist ein Thema, das uns alle angeht.

Dorothea Marx, SPD:

Eine wichtige Erkenntnis des Ausschusses war und ist, dass es in einem Rechtsstaat keine kontrollfreien Räume gibt und dass auch natürlich ein Geheimdienst oder ein Verfassungsschutz von den Vertretern des Souveräns zu kontrollieren ist, also von Abgeordneten.

Wenn man sich anderswo immer beklagt, dass man bestimmte Sachen nicht bekommt, dann frage ich immer zurück: Wer beschließt denn, was Sie bekommen? Die Grundlagen für die Kontrolle der Geheimdienste sind Gesetze. Und wo werden Gesetze gemacht? Im Parlament, das wissen wir alle hier am besten. Wir haben Gesetze gemacht und sind auch weiter dabei, Maßnahmen zu treffen.

Madeleine Henfling, B90/Grüne:

Es kann doch keiner leugnen, dass eines der Hauptprobleme im NSU-Komplex institutioneller und gesellschaftlicher Rassismus ist. Wer sich hinstellt und sagt, wir wüssten das noch nicht und müssten hier bis zum Ende noch aufklären, bevor wir Konsequenzen ziehen können, der hat sich mit dem letzten Untersuchungsausschuss nicht beschäftigt und auch nicht mit den Untersuchungsausschüssen, die sonst gelaufen sind.

Ich glaube, es wäre ein wichtiges Signal, wenn wir Menschen, die beispielsweise in Duldung hier sind oder einen ungeklärten Aufenthaltsstatus haben, einen Aufenthaltsstatus zuerkennen, wenn sie Opfer rechter Gewalt werden. Das ist nämlich genau das richtige Signal an die Täter, wenn wir ihnen sagen: Ihr kriegt uns hier nicht klein und ihr kriegt diese Menschen nicht klein und das Ergebnis eurer Gewalt ist die Solidarität dieser Gesellschaft.



Vier Jahre danach: Gefahr erneuter Radikalisierung

Anlässlich des 4. Jahrestages des Auffliegens des sogenannten NSU am 4.11.2011 hatte MdL Katharina König erklärt: „Trotz mehrerer Untersuchungsausschüsse, trotz großen Ermittlungsaufwands der staatlichen Behörden und trotz eines aufwendigen Prozesses in München scheint die Zahl der ungeklärten Fragen zum NSU-Komplex nicht abzunehmen, sondern eher noch zu wachsen.“

Seit Monaten stehen im Thüringer Ausschuss die Ereignisse am 4.11.2011 in Eisenach im Mittelpunkt der Untersuchungen. Dabei erschienen die Abläufe vor Ort mit jeder Zeugenaussage fragwürdiger. „Das polizeiliche Agieren bei der Sicherung von Spuren in Eisenach scheint alles andere als regelkonform gewesen zu sein“, fasste die Abgeordnete ihre bisherigen Eindrücke zusammen.

Es sei kein Wunder, dass eine Vielzahl von Verschwörungstheorien sich um den 4.11.2011 rankten. Dem gelte es mittels umfassender Aufklärung der Abläufe und Verantwortlichkeiten entgegenzuwirken. Angesichts der anstehenden Themen müsse die relativ geringe Anzahl an Sitzungsterminen des Thüringer Untersuchungsausschusses überdacht werden. Die LINKE werde

sich weiter um eine Erhöhung der Sitzungsfrequenz bemühen.

Der Ausschuss habe noch umfangreiche weitere Komplexe zu untersuchen wie beispielsweise die mutmaßlichen Verbindungen in die organisierte Kriminalität, welche vorrangig Personen und Vorgänge in Thüringen oder mit Bezug zu Thüringen betreffen. Die dazu zu sichtenden Akten würden einen kaum zu bewältigenden Umfang annehmen und vermutlich eine Vielzahl neuer Fragen und Problemstellungen aufwerfen.

Mindestens 44 V-Leute waren im Umfeld des NSU aktiv

Nur in Ansätzen aufgedeckt seien das Netzwerk um den NSU mit seinen vielen kleinen und großen Helfern und Mitwissern und die Rolle der Spitze des Verfassungsschutzes. „Wir wissen bisher von mindestens 44 V-Leuten, die im Umfeld des NSU aktiv waren“, machte die Abgeordnete die Dimension der Verwicklung des Verfassungsschutzes deutlich.

Aufgrund des beharrlichen Verschweigens und Vertuschens bis hin zur Aktenvernichtung sei eine umfassende Erhellung der Rolle der Geheimdienste wahrscheinlich kaum noch zu leisten. Trotzdem gelte es, hartnäckig

zu bleiben. Mit Blick auf die heutige Situation mit brennenden Flüchtlingsunterkünften, Angriffen auf Menschen mit Migrationshintergrund und wöchentlichen Aufmärschen rassistischer Bürger, konstatierte Katharina König: „Auch vier Jahre nachdem das erschütternde Ausmaß des NSU-Terrors bekannt wurde, zwei Jahre, nachdem Untersuchungsausschüsse in Thüringen und dem Bund als eine der maßgeblichen Ursachen den latenten und institutionellen Rassismus in der deutschen Gesellschaft benannten, kann sich in der Bundesrepublik wieder eine von rassistischen Ressentiments und Hass auf alles Fremde getragene Stimmung ausbreiten, die an die frühen 1990er Jahre erinnert. Die Politik ist gut beraten, nicht in die gleichen Muster der Ausgrenzung und Stigmatisierung zu verfallen.“

Das Gerede von „Transitzonen“ und nicht schutzbedürftigen Asylbewerbern erinnere fatal an die „Das Boot ist voll“-Debatte im Vorfeld der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. „Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe radikalisierten sich, wie andere aus dem gewaltbereiten Neonazispektrum, genau in diesem Klima, weil sie sich als Vollstrecker eines Volkswillens wähnen durften. Die Gefahr einer erneuten Radikalisierung besteht aktuell wieder.“ ■

Theaterstrukturkonzept vorurteilsfrei diskutieren

Die Vorschläge der Staatskanzlei für die Finanzierung der Thüringer Theater ab 2017 hatten Kulturminister Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff und Staatssekretärin Dr. Babette Winter am 5. November vorgestellt. Die Neuregelung ist vor dem Hintergrund der zum 31.12.2016 auslaufenden Finanzierungsperiode der Theaterverträge nötig und verfolgt das Ziel, dauerhafte, leistungsfähige Strukturen auf den Weg zu bringen, die auch in Finanzkrisen und sinkenden Haushalten Bestand haben können und zugleich bestehende Strukturdefizite überwinden.

In der Pressemitteilung der Staatskanzlei heißt es weiter: „Die ungeachtet der dargelegten Herausforderungen stabile Haushaltslage des Freistaates soll genutzt werden, um ohne den Druck von Einsparungen aufgrund von Haushaltsdefiziten, die Rahmenbedingungen für eine bis 2025 verlässliche Theaterentwicklung zu gestalten. Die Thüringer Theaterentwicklung soll geprägt sein von Verlässlichkeit, tarifgerechter Vergütung guter Arbeit und dem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Theater und Orchester weiterhin ihre wichtigen Aufgaben in unserem Kulturland erfüllen und sich künstlerisch positiv entwickeln können.“

Für das Land möchte die Staatskanzlei Gewissheit haben, dass mit den eingesetzten Mitteln die Ziele eines flächendeckend qualitativ anspruchsvollen Theaterangebotes, der Zusammenarbeit von Stadt- und Staatstheatern mit der freien Theaterszene, kulturelle Jugendbildung und interkulturelle Aktivitäten erreicht werden.

Theaterstandorte in drei Regionen gegliedert

„Dazu wird es aber erforderlich sein, alle bestehenden Strukturen auf den Prüfstand zu stellen und das Potenzial für Kooperationen zwischen den Einrichtungen zu prüfen und dort, wo es notwendig und nützlich ist, auch umzusetzen“, heißt es. Die Vorschläge gliedern die Thüringer Theaterstandorte in drei Regionen – Ostthüringen, Mittelthüringen sowie das Thüringer Kooperationsdreieck – und legen für diese Regionen jeweils mehrere mit einer Folgenabschätzung verbundene Struktur- und Entwicklungsmodelle vor, die nun zur Diskussion stehen. In allen drei Regionen setzt die Staatskanzlei auf verstärkte Kooperationen unter den Standorten. Prof. Hoff: „Das Land will mit dem eingesetzten Geld ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Theaterangebot sicherstellen, das von Menschen bereitgestellt wird, die sichere Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen haben.“

Die kulturpolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen Katja Mittel-

dorf (DIE LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßten das Diskussionsangebot zur Theaterstruktur „Perspektive 2025“, das mittelfristig eine Standortgarantie für alle produzierenden Theater- und Orchesterstandorte vorsieht.

Katja Mitteldorf: Verständigung im Lichte des bereits begonnenen Dialogprozesses

Darüber hinaus bewerten die drei Kulturpolitikerinnen die Aussicht auf längere Finanzierungsvereinbarungen und die konsequente Absage an betriebsbedingte Kündigungen als sehr positiv. „Mit diesem Konzept können wir nun dezidiert in eine offene Diskus-



http://www.thueringen.de/mam/th/1/tsk/arbeitspapier_zur_perspektive_2025.pdf

sion der vorgeschlagenen Varianten in den Fraktionen und besonders auch in den jeweiligen Regionen mit den Theatern und Orchestern sowie den Trägern eintreten. Ebenso werden wir im zuständigen Landtagsausschuss eine fachliche Diskussion führen. Den Antrag dazu haben wir als Koalitionsfraktionen bereits gestellt“, so die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx.

Die Grünen-Abgeordnete Madeleine Henfling freut sich auf eine vorurteilsfreie und breite Diskussion. „Natürlich wird jede Region im Zweifelsfalle andere Präferenzen haben. Das ist auch legitim, es sollten dennoch alle Varianten offen und auch immer im Kontext der gesamten Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen geführt werden.“

„Schlussendlich müssen sich die Theater, die sie tragenden Kommunen und das Land gemeinsam auf eine Variante verständigen, die sich im Lichte des bereits im Vorfeld begonnenen Dialogprozesses bewegen wird“, sagte die LINKE-Abgeordnete Katja Mitteldorf. Die Koalitionsabgeordneten werden gemeinsam mit ihren Fraktionen den Diskussionsprozess und den Weg zu neuen Finanzierungsvereinbarungen für die Thüringer Theater und Orchester konstruktiv begleiten und hoffen auch auf eine Diskussionsteilnah-

me von Kulturverbänden und der breiten Öffentlichkeit.

Vorbildhafte Kooperation der Theater Rudolstadt und Nordhausen

Das Konzept hebt die Bedeutung des Theaters Rudolstadt sowie der Thüringer Symphoniker in Saalfeld als wichtige kulturelle Anker in der Region hervor. Mit Blick auf die notwendigen unverzichtbaren Strukturveränderungen wird im Konzept hoch anerkannt, dass das Theater Rudolstadt hier schon einiges geleistet hat. Die bestehende Kooperation mit dem Theater Nordhausen wird als vorbildhaft angesehen.

„Ich halte es für eine gute Option, wenn durch einen erweiterten Verbund mit Eisenach und Nordhausen die Schauspielsparte in Rudolstadt noch einmal gestärkt werden könnte. Käme zusätzlich eine Aufstockung des Orchesters in Saalfeld zustande, wie in einem Modell vorgesehen, so wäre das für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ein Zugewinn“, sagte Katharina König, Landtagsabgeordnete der LINKEN für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, und sprach von positiven Vorschlägen. Diese seien zwar in Planung und Logistik anspruchsvoll, da die einzelnen Sparten an mehreren Orten spielten. Ähnliche Kooperationen in Thüringen und anderen Ländern zeigen aber, dass dies machbar sei.

„Die rot-rot-grüne Landesregierung gestaltet diesen Prozess so offen wie möglich. Die Träger und Intendanten, die sich an der Debatte rege beteiligt haben, verdienen besonderen Dank, wie auch Minister Hoff für die geduldige Moderation der Verhandlungen“, betonte die Abgeordnete und hofft auf eine vorurteilsfreie Diskussion in den anstehenden Veranstaltungen mit den Vertreterinnen und Vertretern des Theaters Rudolstadt sowie kommunalen Entscheidungsträgern. Entscheidend sei letztlich, dass sich Land, Kommunen und Theater gemeinsam verständigen, um optimale nachhaltige Ergebnisse für die Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft zu erhalten.

Thüringen mit höchster Beschäftigungsquote

Die Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (DIE LINKE), informierte über die Thüringer Ergebnisse des IAB-Betriebspanel 2014. „Die Befunde der bundesweiten Studie bestätigen die positive Entwicklung des Thüringer Arbeitsmarktes. Seit geraumer Zeit geht die Zahl der Arbeitslosen zurück. Gleichzeitig ist die Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kontinuierlich gestiegen. Wir schöpfen das vorhandene Potential an Fachkräften inzwischen deutlich besser aus als in der Vergangenheit. Dies gilt gerade für Frauen und ältere Arbeitnehmer“, sagte Heike Werner.

Laut Ministerin zeigt das aktuelle Betriebspanel eine immer noch hohe Differenz bei Einkommen und Tarifbindung im Vergleich zu Westdeutschland auf. „Wir sind noch längst nicht am Ziel gleicher Einkommens- und Lebensverhältnisse angelangt. Aber die Richtung stimmt. Wir wollen den Trend verstärken. Im Dezember werden wir im Rahmen der jährlich stattfindenden Betriebsrätekonferenz aktuelle Forschungsergebnisse diskutieren.“

In Thüringen gehen derzeit rund 780.000 Erwerbspersonen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Das sind fast zehn Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Diese Entwicklung ist umso positiver einzuschätzen, als im gleichen Zeitraum die Bevölkerung um acht Prozent und das Erwerbspersonenpotential sogar um 15 Prozent zurückgegangen ist.

Heute sind 41,4 Prozent aller über 50-Jährigen in Beschäftigung. Im Jahr 2000 waren es erst 30 Prozent. Bezogen auf alle 15- bis 65-Jährigen im Freistaat hat Thüringen mit einem Wert von 60,2 Prozent inzwischen sogar die höchste Beschäftigungsquote aller Länder noch vor Bayern und Baden-Württemberg.

Thüringen hat aktuell mit 6,8 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote, die es jemals seit 1990 gab.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.